

# Corona-Info der ISO N<sup>3</sup> 18.04.20

Liebe Genoss\*innen, liebe Freund\*innen,

diesmal bieten wir euch exklusiv zwei Übersetzungen, die erst in den kommenden Stunden und Tagen ins Netz gehen werden.

Zum einen bringen wir die Übersetzung [eines Interviews mit Olivier Besancenot](#) von der NPA, das in der Tageszeitung *L'Humanité* erschienen ist und interessante Einblicke in die Situation in Frankreich bietet. Zum anderen können wir einen [Artikel des Genossen Serdar](#), der im [türkischen Magazin RED](#) erscheinen wird und ein Schlaglicht auf die Instabilität der Europäischen Union wirft, nun auch unseren Leser\*innen anempfehlen.

Neben vielen anderen spannenden Hinweisen auf Veröffentlichungen der letzten Tage sehen wir eine wichtige Entwicklung darin, dass wir zusammen mit den Genossen Matthe und Pascal eine arbeitsfähige Redaktion bilden konnten, die mit Hochdruck daran arbeitet, den lang ersehnten Newsletter der ISO praktisch umzusetzen. Um den nicht zu verpassen, solltet ihr euch [hier eintragen](#), es wäre doch zu schade, wenn die erste Nummer an euch vorbei ginge.

Ansonsten viel Spaß beim Stöbern, bleibt gesund und munter!

Michael, Pascal und Wilfried  
[newsletter@intersoz.org](mailto:newsletter@intersoz.org)





S. 3-4 Termine, die ihr nicht verpassen solltet!

S. 5 Interview mit Olivier Besancenot

S. 9-10 Kategorie lesenwert!

S. 11 „Italien wurde aus der EU ausgeschlossen“ -  
Beitrag von Serdar Kazak

S. 14 Vorabveröffentlichung aus der Mai-SoZ: Manuel Kellner  
„Arbeitskräfte sind Waren - das darf nicht so bleiben!“

S. 18 Kategorie sehenswert „Pflege im Fokus!“

Violetta Bock im Gespräch mit Silvia Habekost

S. 19 Petition

„Gegen die Einführung des 12-h-Tags und der 60-h-Woche!“

S. 20 Corona im Betrieb - Chancen und Gelegenheit

von Tobias Michel



Internationale Sozialistische Organisation

# Für eure Terminkalender:

Hinter den Kulissen wird fleißig gearbeitet. Statt im katholischen Rheinland bei Kölsch zu schunkeln, sehen wir uns bei euch im Wohnzimmer.

Das Programm steht und kann [hier](#) bestaunt werden.

**KLIMA  
KAPITALISMUS  
WIDERSTAND**

Ökosozialistische  
Konferenz der ISO

**9. & 10. Mai 2020**

**LIVE!**  
IM  
**STREAM**  
AUF  
oekosozialistische-  
konferenz.de

**SYSTEM  
CHANGE  
NOT  
CLIMATE  
CHANGE!**



ISO München Jour fixe:

## Staatsstreich in Bolivien

Donnerstag, 23. April 2020

von 19:00 bis 22:00

Einwahldaten folgen

[Link zur Facebookveranstaltung](#)

# Für eure Terminkalender:

Sonntag 19. April um 19 Uhr

Du musst weiterarbeiten, aber bekommst keinen Schutz? Dein Betrieb ist nicht versorgungsrelevant, aber trotzdem sollst du jeden Tag weiter zur Arbeit kommen? Dein Chef lässt auch Risikogruppen weiter antanzen?

Diese Fragen werden der Schwerpunkt unseres zweiten Zooms während Corona sein. **Nach kurzen Impulsreferaten gehen wir in den Austausch und die kollegiale Beratung.**

Um den Zugang zu erhalten, schreibt eine kurze Email an

[info@okg-mail.de](mailto:info@okg-mail.de)

[Hier der Link zur Facebook-Veranstaltung](#)



FR, 24.04.2020 - 19:00 Uhr

## Virtueller ISO-Infoabend der Ortsgruppe Rhein-Neckar zu aktuellen Situation

Wie reagieren die Herrschenden? Welche strategischen Interessen stehen für sie im Zentrum? Wie taktieren sie? Wie kann ein soziales und politisches Aktionsprogramm für den Schutz der Menschen aussehen? Welche Hindernisse müssen für seine Umsetzung überwunden werden? Was können wir in dieser Krisensituation tun?

Meldet euch bei den Genoss\*innen oder über [dieses Formular](#), um die Zugangsdaten zu bekommen.

Herausforderung für die Linke:

# „Wir müssen eine kollektive Wiederaneignung erfinden“

Interview von Julia Hamlaoui mit Olivier Besancenot, *L'Humanité*,

Dienstag, 7. April 2020

In dieser Woche befragt *L'Humanité* linke Führungspersönlichkeiten zu ihrer Vision vom „Tag danach“. Interview mit Olivier Besancenot von der NPA, der für einen „Solidaritätsschock“ plädiert.

*Inwiefern zeigt die Krise, die wir durchmachen, die Notwendigkeit, mit dem gegenwärtigen System zu brechen?*

Olivier Besancenot: Es ist jetzt eine Frage des Überlebens. Wir haben bereits gespürt, wie sehr die Phase der [neo-] liberalen Globalisierung der letzten 30 Jahre mit ihrem Versprechen der Stabilität für die Finanzmärkte an ihre Grenzen gestoßen ist. Sogar der globalisierte Kapitalismus ist am Ende um die ganze Welt gegangen. Es ist kein Fass ohne Boden. Wir haben es bei der Finanzkrise von 2008, bei der Klimakrise und jetzt bei der Gesundheitskrise gesehen. Das System ist auf dramatische Weise mit seinen eigenen Widersprüchen konfrontiert. Aber, um Walter Benjamins Formulierung aufzugreifen, der Kapitalismus wird niemals eines natürlichen Todes sterben. Es geht nur darum, ihm dabei zu helfen. Denn der Tag danach kann, wenn man sie machen lässt, schlimmer sein als der Tag davor.

*Wie können wir verhindern, dass die Rechnung für die kommende Wirtschaftskrise den Bürger\*innen präsentiert wird?*

Olivier Besancenot: Die Frage ist, wer in der Welt von danach die Oberhand über das Produktionsmodell haben wird. Es sollte eine

kollektive und öffentliche Wiederaneignung erfunden werden, insbesondere um sicherzustellen, dass die Industrie soziale Bedürfnisse erfüllt. Es geht nicht einfach nur darum, die Privatisierung der öffentlichen Dienste zurückzunehmen, sondern um die Enteignung privater Interessen in bestimmten Sektoren, die zu wichtig sind, um sie der verrückten Logik der Marktwirtschaft zu überlassen. Diese Logik besteht nun darin, die Airbus-Mitarbeiter\*innen zur Herstellung von Kriegshubschraubern zu zwingen, während man gleichzeitig nicht in der Lage ist, die Firma Luxfer zu requirieren, die als einzige in der Lage ist, Sauerstoffflaschen herzustellen. Andernfalls werden die Arbeiter\*innen, Unterdrückten und Ausgebeuteten mit Sicherheit eine sozial gesehen dramatische Rechnung bezahlen. Das fängt schon an, bei dem bezahlten Urlaub und der wöchentlichen Arbeitszeit. Auch die ökologischen Folgen werden katastrophal sein, denn der Wettlauf um Wachstum wird erst recht wieder einsetzen. Auf der politischen Ebene stellen [neo-] liberale Regierungen bereits Erwägungen über die Schockstrategie an, um unpopuläre Einnahmen durchzusetzen. Autoritarismus ist nur die andere Seite der Medaille Kapitalismus. Dem müssen wir einem Solidaritätsschock entgegensetzen.

*Welche konkreten Maßnahmen können ergriffen werden, um solch einen Solidaritätsschock zu verpassen?*

Olivier Besancenot: Das Leben nach dem Tod beginnt jetzt. Die Priorität muss der Solidarität eingeräumt werden, insbesondere finanziell. Angefangen bei den Gesundheitsdiensten. Wir müssen unverzüglich dafür sorgen, dass mehr Betten geschaffen, Tausende von notwendigen Arbeitsplätzen eingerichtet werden und Schutzausrüstung hergestellt wird. Die Diskrepanz zwischen

effekthascherischen Ankündigungen und dem, was lebensnotwendig ist, ist unerträglich. Allein die Ehpad [Altenpflegeheime] bräuchten zwei Millionen Masken pro Tag. Ganz zu schweigen von all denen, deren Arbeit unverzichtbar bleibt, zusätzlich zum Pflegepersonal. Die unmittelbare Herausforderung besteht darin, dafür zu sorgen, dass die Milliarden Euro aus dem Staatshaushalt das Geld der Steuerzahler\*innen und damit unser eigenes für dringende Ausgaben im Gesundheitsbereich ausgegeben werden. Wenn wir zulassen, dass sie dem Großkapital und den Banken zufließen, werden sie für die Welt danach für immer verloren sein. Die Regierung hat keine Ahnung, wie groß und wie tiefenst die Wut ist, die hochkommt. Sich auch nur für eine Sekunde vorzustellen, dass es wieder so laufen könnten wie vorher, mit dem Abbau der öffentlichen Dienstleistungen wie Gesundheitsversorgung, Transport, Bildung, soziale Sicherung, das geht gar nicht. Die Machthaber\*innen geben selber zu, dass das Wirtschaftssystem vor einer systemischen Krise stehen wird. Dies ist ein Eingeständnis seiner Unzulänglichkeiten seitens einer Regierung, die noch vor wenigen Wochen mit ihrer Rentenreform die Versicherungswirtschaft eingeladen hat, sie möge an die Stelle unseres Solidaritätssystems treten.

**... wie groß**

**und tiefenst**

**die Wut ist...**

*Diese Krise zeigt die Konzentration der Macht. Welche demokratischen Brüche sind notwendig?*

Olivier Besancenot: Es beginnt damit, dass das Notstandsgesetz hier und jetzt aufgehoben wird, das es der Exekutive erlaubt, mit Verordnungen und Dekreten zu regieren und die Macht noch

etwas mehr zu konzentrieren. Politisch stehen wir an einem Scheideweg: entweder die Versuchung einer eisernen Faust der herrschenden Klassen oder, im Gegenteil, die Erfindung einer Gesellschaft, die von unten nach oben funktioniert. Das bedeutet unter anderem, dass mit der Fünften Republik Schluss gemacht wird und in einem verfassunggebenden Prozess alle demokratischen Regeln neu überdacht werden müssen. Das heißt aber auch, dieses Projekt in der Welt der Betriebe angehen. Die Beschäftigten sowohl im öffentlichen als auch im privaten Sektor haben praktisch kein Recht auf Einblick. Die Gesundheitskrise zum Beispiel zeigt, dass sie am besten wissen können, welchen Schutz sie brauchen.

**Wie können wir nach der historischen sozialen Bewegung dieses Winters das notwendige Kräfteverhältnis für den „Tag danach“ in Richtung Fortschritt aufbauen?**

Olivier Besancenot: Wenn wir auf eine Politik hoffen, die einen Schock von solidarischer, emanzipatorischer, egalitärer, ökologischer Politik verpasst, müssen wir zuerst in der Lage sein, die Dampfwalze der [neo-] liberalen und autoritären Politik zu stoppen. Alle sozialen, politischen und gewerkschaftlichen Kräfte müssen jetzt also wirklich gemeinsam handeln.

*Olivier Besancenot trat 1991 mit 17 Jahren in die Ligue communiste Révolutionnaire (LCR) ein und war 2002 und 2007 ihr Kandidat für die Präsidentschaft, war er an der Gründung der Neuen Antikapitalistischen Partei (NPA) beteiligt, er wollte kein Berufspolitiker werden und verzichtete 2011 auf seine Funktion als Sprecher der NPA, seit 1997 arbeitet er bei „La Poste“ als Briefträger,*

*Aus dem [Französischen](#) übersetzt von Wilfried*

## Statement des Büros der Vierten Internationale

vom 16. April

Bisher liegt der Artikel nur auf Englisch vor, ihr könnt ihn

[hier](#)

finden—wir arbeiten an der deutschen Übersetzung!

Bei der Gelegenheit sei erwähnt, dass wir uns über Hilfe bei Übersetzungen sehr freuen. Solltet ihr einige Stunden spenden können, meldet euch.



Ein Beitrag von Michel Husson, dankenswerterweise  
übersetzt von „[Bewegung für den Sozialismus](#)“

[hier](#)

geht

es zum Artikel.



Ein Beitrag von Thies Gleis und Jakob Schäfer

[hier](#)

geht es zum Artikel



Ein Beitrag von Kim Moody, aus dem  
Englischen übersetzt von [OKG](#).

Ursprünglich erschienen im neuen,  
englischsprachigen Journal [Spectre](#)

[Hier](#) geht's  
zum Artikel

# „Italien wurde aus der EU ausgeschlossen“

von Serdar Kazak

So lautet der Titel eines in Österreich veröffentlichten Online-Artikels, der wahrscheinlich von zu wenigen gelesen wurde.

**Die Europäische Union hat Italien rausgeschmissen.** Die EU, die alles getan hat, um zu verhindern, dass Großbritannien sie aus freier Entscheidung verlässt, hat Italien selber abgeschrieben.

Man verstehe mich nicht falsch, das ist kein offizieller Rauschmiss. Die aktuelle Praxis ist aber de facto genau das. Die EU hat alle ihre eigene Gesetze und Vereinbarungen ignoriert und Italien vor der Tür gesetzt, die Tür abgeschlossen, sogar (diese Ironie der Geschichte muss wohl sein) die Türen und Fenster wurden zugenagelt, wie im Schauspiel mit Romeo und Julia in Verona. Was auch immer der Grund sein mag, es ist momentan fast unmöglich, aus Italien in die Nachbarländer Österreich, Frankreich oder Schweiz zu reisen.

Diese Entscheidung mag getroffen worden sein, um die Ausbreitung der Krankheit von Italien in andere EU-Länder zu verhindern, und sie ist bis zu einem gewissen Grad verständlich. Auch im Verkehr anderer europäischer Länder, in denen die Situation nicht so übel aussieht, bestehen erhebliche Einschränkungen und sogar Verbote.



Ich denke, es gibt keine Menschen mehr, die im Fernsehen oder in den sozialen Medien die die hunderte von Fahrern an der Grenze zwischen Deutschland und Polen beobachten, die buchstäblich von Hunger und Durst bedroht sind. Es scheint

verständlich, die Grenzen zu Italien zu schließen, das weltweit führende Land an Infizierten und Toten.

### Was ist daran also nicht verständlich?

Es gibt zwei Länder, die medizinische Versorgung und Ärzte nach Italien schicken: China und Kuba. Beide Länder sind nicht Mitglied der EU, und Kuba ist sogar mit einem Embargo belegt, einschließlich eines italienischen, ein armes, gebeuteltes Land. Auch wenn China großes wirtschaftliches Potenzial hat, ist es ein Land, das die Corona-Krise noch nicht gänzlich überwinden konnte. Darüber hinaus wurden in den frühen Stadien der Corona-Pandemie Menschen, die Chines\*innen auch nur ähnlich sahen, in Italien angegriffen, aus Zügen und aus Cafés geschmissen. Diese beiden Länder zögerten jedoch nicht, Italien zu helfen und ihr „Know-how“ zu teilen.

### Was haben die Länder der Europäischen Union getan?

Ich werde keine anderen EU-Länder anklagen. Wir sprechen nicht über die baltischen Länder, die kein ernsthaftes Machtpotenzial haben die allerdings immer noch reicher sind als Kuba , oder über die Tschechische Republik oder über Polen. Was hat Deutschland mit der größten Wirtschaft und der höchsten Technologie in der EU getan? Hat Deutschland eine Maske oder eine einzelne Flasche Desinfektionsmittel geschickt? Nein...

Wie hat Österreich, das eine gemeinsame Grenze zu Italien hat, gehandelt? Es hat zu allererst die Grenzen geschlossen, und auch dieses Land schickte keine einzige Flasche Desinfektionsmittel und keine medizinische Versorgung.

Für Österreich und Deutschland wurde die Situation erst ab dem 16. März ernst. Eine Notsituation besteht in diesen beiden Ländern seit 5 Tagen. In diesen Ländern, die die längsten Kriege der Welt geführt haben, ist das medizinische Material nicht innerhalb von 5 oder 6 Tagen ausgeschöpft, oder?

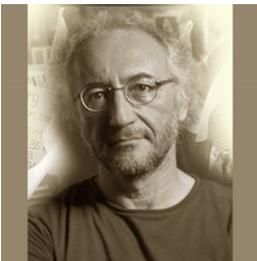
Angela Merkel forderte das deutsche Volk auf, sich solidarisch zu verhalten und sich in Zurückhaltung zu üben, nachdem Corona zu einer ernsthaften Gefahr wurde. Insbesondere benannte sie den roten Faden:

„Kaufen und lagern Sie keine unnötigen Materialien. Fürchten Sie sich nicht vor einer Knappheit. In Zukunft werden sowohl medizinische Geräte als auch Lebensmittel bereitgestellt. In unseren Lagern gibt es genug von jedem Material.“

Sogar diese Worte, die die Kanzlerin persönlich im Fernsehen gesprochen hat, sind Beweis dafür, dass die relativ reichen Länder der Europäischen Union (insbesondere Deutschland) sich wie ein reicher Mann verhalten, der in einen Supermarkt geht und alles aufkauft, was er benötigt (oder glaubt zu benötigen), in seinen Jeep lädt und wegfährt. Merkels Worte besagen: Die Bedürfnisse der Menschen in Deutschland werden in Zukunft regelmäßig erfüllt. Weil wir (als Bundesrepublik Deutschland) alles gekauft haben, was wir auf dem europäischen Markt finden. Unsere Bürgerinnen und Bürger müssen also nicht egoistisch sein und übereilt einkaufen. Unser Staat handelt für sie als ideeller Gesamtegoist.

Der deutsche Staat als „ideeller Gesamtegoist“

Die Freundschaft unter Imperialisten ist ein Versprechen das trägt solange sie einander brauchen. Wer zum Problem wird, wird entsorgt.



Serdar Kazak

Dieser Artikel erschien auf Türkisch im [Magazin RED](#)





*Der folgende Artikel ist eine Vorabveröffentlichung aus der*

Die etablierte bürgerliche Politik navigiert in der Corona-Krise auf Sicht. Viele ihrer Maßnahmen sind zu spät gekommen, vieles hat sie nicht gemacht – besonders nicht die unnötigen oder nicht vordringlichen Produktionen unterbunden. Unter dem Druck der Kapitaleigentümer und ihrer Profitgier fährt sie ihre halbherzigen Maßnahmen um Wochen zu früh zurück. Zugleich ist aber auch manches getan worden, das Ansatzpunkte für eine Überwindung der neoliberal entfesselten kapitalistischen Klassengesellschaft bietet.

In der kapitalistischen Produktionsweise sind Arbeitskräfte Waren – sie werden "frei" auf dem "Arbeitsmarkt" gehandelt. Das hat viele Konsequenzen. Zunächst einmal eine schreiende Ungerechtigkeit bei der ungleichen Bezahlung. Da die Arbeitskräfte Waren sind, bestimmt sich ihr Preis – der Lohn – nach ihren Reproduktionskosten. Je qualifizierter das jeweilige Arbeitsvermögen ist, desto höher ist die Bezahlung. Die Gesellschaft hat in diese Arbeitsvermögen Ressourcen investiert, und deshalb können sie sich um ein bestimmtes Vielfaches teurer verkaufen als die "einfachen" unqualifizierten Arbeitskräfte, die als Maßstab dienen.

Diese Wertschätzung nach marktwirtschaftlichen Kriterien hat zur Folge, dass zum Beispiel Ingenieure, Professoren, Juristen und Führungskräfte in Wirtschaft und Verwaltung sehr viel mehr verdienen, als etwa Krankenschwestern, Pflegekräfte, Bauarbeiter, Verkäuferinnen, Müllentsorger, Erntehelfer usw.

Wie schon Marx schrieb, würde die Wertschätzung und Bezahlung der Arbeitenden in einer solidarischen Gesellschaft geradezu umgekehrt ausfallen: Die qualifiziertere, interessantere, abwechslungsreichere Arbeit wird in sich als Privileg angesehen, das die betreffenden Menschen der Gesellschaft verdanken. Soweit es die Geldform noch gibt, begründet das keineswegs eine überdurchschnittliche Bezahlung (oder eine größere individuelle Entnahme aus dem gesellschaftlich verfügbaren Konsumfonds). Umgekehrt werden die, die am härtesten arbeiten, unter mehr Eintönigkeit ihrer Tätigkeit leiden und dabei Dinge tun, die für die Gesellschaft sehr wichtig sind, am besten bezahlt. Außerdem werden alle Anstrengungen unternommen, dass sie sich weiterqualifizieren können.

Was ist  
wichtig?

Die öffentliche Meinung wird in der gegenwärtigen Krise darauf gestoßen, welche Arbeiten für unsere aller Überleben und Wohlergehen besonders wichtig sind: eben die der Krankenschwestern, Pflegekräfte, Verkäuferinnen, Müllmänner, Erntehelferinnen und -helfer usw. Die Debatte darüber, wie schlecht sie entlohnt werden, hat begonnen. Eine der Konsequenzen aus der gegenwärtigen Krise muss sein, dass das drastisch verändert wird.

Eine weitere Konsequenz davon, dass Arbeitskräfte Waren sind, ist die Art und Weise, wie und über welche Mechanismen sie verteilt werden. Wohin strömen sie? Sie folgen den Investitionsentscheidungen der Kapitaleigentümer. Sie stehen – gemildert durch gewerkschaftliche Organisation usw. – in Konkurrenz zueinander und bemühen sich darum, möglichst

gut bezahlt zu werden und möglichst erträgliche Arbeitsbedingungen zu haben. Die "Allokation" der Arbeitskräfte folgt der marktwirtschaftlichen Logik.

Doch was sehen wir heute in der Krise? Nicht nur, dass Konversion plötzlich geht und Autoschmieden über Nacht dazu übergehen, Atemgeräte herstellen zu lassen. Menschen, die in Schnellrestaurant-Ketten nicht mehr beschäftigt werden, helfen den Verkäuferinnen und Verkäufern im Supermarkt. Leute, die auf Kurzarbeit gesetzt sind, nähen Schutzmasken. Arbeiter, die nicht in ihrem Betrieb arbeiten können, helfen bei der Ernte.

Das sind Ansätze für eine nicht mehr marktbestimmte Allokation der Arbeitsvermögen! Das Bedürfnis, solidarisch zu handeln und etwas gesellschaftlich dringend Nötiges zu tun, folgt einem ganz anderen Prinzip. Nicht etwa auf autoritäre Anweisung hin, sondern aufgrund gesellschaftlich hörbarer Appelle und aus eigenem Verantwortungsbewusstsein heraus strömen Arbeitskräfte in die Bereiche, wo sie dringend gebraucht werden.

Die dritte hier anzusprechende Ebene ist die völlige Unhaltbarkeit der Weltlage unter der Knute der neoliberalen Globalisierung. Augenfällig werden dringend benötigte Güter knapp, weil die Kapitaleigentümer sie da anfertigen lassen, wo die Arbeitskräfte am billigsten sind. Das drückt nicht nur die Löhne in den reichen Industrieländern, sondern führt eben zusammen mit dem Runterfahren der Lagerhaltung auf ein Minimum und der Vernachlässigung der regionalen Entwicklung der Produktion (nahe bei den Konsumentinnen und Konsumenten) zu Engpässen, die jetzt furchtbar sichtbar

werden. Das hat ebenso zur völlig zerstörerischen Überhandnahme der Container-Schifffahrt auf den Weltmeeren geführt.

Die genannten neuen praktischen Erfahrungen auf Massenebene müssen aus ökosozialistischer Sicht dafür genutzt werden, mit der Krise und nach der Krise Mehrheiten für neue Entwicklungswege zu gewinnen. Schon für Marx war das Ziel die "Aufhebung" der Lohnarbeit. Im Übergang zu einer menschenwürdigen und lebenswerten Gesellschaft ist eine Auflehnung dagegen erforderlich, dass Arbeitskräfte und große Produktionsmittel als Waren angesehen und entsprechend behandelt werden – mit krass ungerechten, unmenschlichen und im Sinne unseres Überlebens untragbaren Folgen.



**Manuel Kellner** ist Buchautor, Journalist und in der Leitung der Internationalen Sozialistischen Organisation (ISO), er schreibt regelmäßig in der „Sozialistischen Zeitung“ (SoZ) und arbeitet gerade an einer neuen Ausgabe einer Einführung in den Trotzismus.

# Sehenswert:

## Pflege im Fokus

Covid 19: Der Schutz von Beschäftigten und Patient\*innen muss an erster Stelle stehen

Ein **Gespräch mit Silvia Habekost und Violetta Bock**. Silvia ist Pflegekraft in Berlin und spricht über die derzeitige Situation in der Pflege, Schutzmaßnahmen, den 12 Stunden Tag und die Arbeitszeitverordnung,

aber auch dazu, wie Pflegekräfte in ganz Deutschland dafür kämpfen, bessere Bedingungen und Schutz für Beschäftigte und Patient\*innen durchzusetzen, mit offenen Briefen, öffentliche Petitionen, Öffentlichkeitsarbeit etc.

In Berlin ist es ihnen gelungen, innerhalb von sieben Tagen über 4.000 Unterschriften von Beschäftigten zu sammeln und damit gewerkschaftliche Strukturen trotz oder gerade wegen Pandemiezeiten zu festigen und aufzubauen - für ein patientenorientiertes statt erlösorientiertes Gesundheitssystem.



[hier](#) geht's  
zum Video



Gegen die Einführung des 12-h-Tags und der 60-h-Woche!  
Mehr Personal und Entlastung in der Grundversorgung sind die  
Antwort!

## HIER UNTERSCHREIBEN

**Nächstes Ziel sind 5000 Unterzeichner\* innen**

Aus der Petition:

Die Verordnung der Bundesregierung wird unter dem Vorwand der Corona-Pandemie eingeführt. Es sollen angebliche Versorgungsengpässe in der Notlage vermieden werden. Während bereits über Lockerungen der Schließung von Einrichtungen und Betrieben nach Ostern diskutiert wird und VW bereits ab nächster Woche wieder die Produktion hochfährt, soll diese Ausnahmeregelung viele Wochen darüber hinaus gehen. Das ist auch ein Test, wie weit die Unternehmer in der Krise gehen können und einmal durchgesetzte Verschlechterungen bleiben möglicherweise bestehen.

*von Tobias Michel*

Niemand muss überrascht sein. Epidemien traten und treten alle paar Jahre auf, gelegentliche umfassende Pandemien sind zu erwarten. Detaillierte Planungen für diese Krisen liegen seit rund 15 Jahren vor. Sie liegen heute nicht in den Schubladen der Managerschreibtische, aber im Internet. Betriebliche Aktivisten können diese Lage nutzen.

Die Pandemie trifft die Betriebe sehr unterschiedlich. Das Handbuch für betriebliche Pandemieplanung (Bundesamt für



Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe im Jahr 2010) listet Schätzungen auf. Sie stützen sich auf Erfahrungen mit einer Grippewelle, von der insbesondere Jüngere schwer getroffen werden. Doch sie

liefern uns auch angesichts der Corona-Variante einen ersten Eindruck (siehe nebenstehende Tabelle).

Neben einer sinkenden Nachfrage (Absatz) bereitet der Nachschub an Produktionsmitteln

Probleme. Bei weitem nicht alle Betriebe kommen zeitweise zum Erliegen. Doch alle Betriebe sind mit einem Rückgang der Arbeitsleistung konfrontiert.

Beschäftigte bleiben der Arbeit fern, weil sie selbst erkrankt sind, weil über sie eine Quarantäne verhängt wurde, weil sie Angst vor



Ansteckung haben, weil sie für Angehörige sorgen müssen, weil der öffentliche Nahverkehr ausfällt.

### Zumutungen und Übergriffe

Die Arbeitsmoral, insbesondere in den Krankenhäusern und Altenheimen ist – so hören und lesen wir – «heldenhaft».

Tatsächlich aber berichten viele der Pflegerinnen und Servicekräfte aus diesen Krisenzentren von Überlastung, von Erpressung und von dem Gefühl, im Stich gelassen zu werden. Sie baden die Versäumnisse der letzten 30 Jahre aus.

In mein «Buch der 100 Fragen» hat Agnes eingetragen: «Mein Arbeitgeber hat ein Rundschreiben ausgegeben, dass er nun befugt sei, Dienste einfach so zu ändern, Mitarbeiter aus dem Frei zu rufen und genehmigten

„heldenhafte“  
Überlastung

Urlaub zu streichen. Stimmt das so? Hat er durch die Pandemie einen Freifahrtschein?» Noch dramatischer liest sich, was die Kollegin Ava schreibt: «Kann man mich als Betreuungskraft in einem Seniorenheim, falls es zum Corona-Infekt einer Bewohnerin kommt, zum Einsatz (14 Tage ohne Verlassen des Heimes) zwingen?»

Die korrekte Antwort ist dann jedesmal: In Deutschland ist seit 1945 die Zwangsarbeit weitgehend abgeschafft. Im Zuge der Seuchenbekämpfung mögen Rechte und Schutzgesetze durchlöchert werden. Und der DGB mag dabei auch noch ungeniert mithelfen. Der Chef darf und kann dich bitten. Doch damit ändern sich nicht deine Pflichten gegenüber dem Chef.

Frag deinen Betriebsrat, ob er den Zumutungen überhaupt zugestimmt hat. Traust du dich, «Nein» zu sagen?

### Die Gunst der Stunde

In einigen Monaten, wenn das herzliche Dankeschön der Arbeitgeber

**Wer wagt**

**NEIN zu sagen?**

verhält ist, werden die Beschäftigten sich wieder erinnern, wer da seit Jahren schlecht ausbildet, bezahlt und plant. Dann wird es wieder darum gehen, wie vor der Corona-Krise, Aktionären oder Krankenhausträgern im Arbeitskampf unseren Willen aufzuzwingen. Das kann vorbereitet werden. Selbst die gruseligste Krise bietet überraschende Gelegenheiten, um die Schwachstellen des Unternehmens zu identifizieren. Organizer haben dafür den Begriff «Betriebs-Mapping» gestanzt. Das dem Bundesgesundheitsminister unterstellte Robert-Koch-Institut (RKI) hat bereits vor mehr als zehn Jahren detaillierte Vorschläge für die betriebliche Pandemieplanung vorgestellt. Sie kreisen wieder und wieder um den Begriff «essenziell» – wesentlich, lebensnotwendig, unentbehrlich.

Die pfiffige Interessenvertretung schreibt nun der Personalchefin:

«Hallo Frau Hatsgeschaft, in der betrieblichen Pandemieplanung identifiziert die Betriebsleitung – so gibt es das RKI vor – zunächst die essenziellen Funktionen. Welche Funktionen haben Sie als wirklich notwendig zur Aufrechterhaltung dieses Betriebs erkannt? Welche sind weniger notwendig?

Im weiteren Schritt haben Sie die Personen aufgelistet, die

ebenfalls essenziell sind. Die wurden dann in der Bevorratung mit antiviralen Arzneimitteln des Landes berücksichtigt. Wer ist das, und wer ist nicht so unersetzlich? Wissen die so betroffenen Mitarbeiter, wie das RKI anrät, um ihre essenzielle Rolle oder ihre eigene Unersetzlichkeit? Haben Sie zusätzliche Beschäftigte in die essenziellen Funktionen eingearbeitet? Wir laden Sie gemäß §29(4) BetrVG [u.a.] in unsere nächste Sitzung am ... ab ... Uhr zum Tagesordnungspunkt <Welche Beschäftigte verdienen welchen Schutz?> hinzu. Mit besten Wünschen für Ihre Gesundheit...>

Noch einmal zur Klarheit: Die Antworten auf diese unschuldige Anfrage ergeben eine Liste der empfindlichen Bereiche im Betrieb. Dort kann eine gewerkschaftliche Mobilisierungsfähigkeit, ein glaubhaft angedrohter Ausstand über ein paar Stunden oder Tage den Arbeitgeber schnell zum Einlenken bewegen. Und genau darüber lohnt es, mit den Kolleginnen und Kollegen zu diskutieren. Oder darüber, wie lausig sich der Chef auf Ausfälle vorbereitet.

Betriebliche Vorbereitungen kommen stets recht spät. Wer sich als Betriebsrat oder als gewerkschaftliche Aktivistin für den Gesundheitsschutz einsetzt, kennt die Sorglosigkeit. Erst nachdem sich Gefährdungen «konkretisieren», wenn also Kolleginnen nachweislich zu Schaden kommen, zeigt die Verhaltensstarre bei den Verantwortlichen Risse. Wir ergreifen diese Chance.

### **Schwache Rechtslage**

Die betriebliche Selbstorganisation der Arbeiterbewegung

kreist seit jeher um den Schutz vor den gesundheitlichen Folgen der Arbeit.

Das galt z.B. für die Menage-Prüfungs-Kommissionen der Marine. Besetzt aus den Reihen der Matrosen, war sie zuständig für die Begutachtung der Mannschaftsverpflegung. Sie wurden zu Keimzellen der Kieler Matrosenaufstände 1917. Das gilt sogar noch für die Vertrauensleutekörper der IG Metall, die sich heute die «Gute Arbeit» auf die Fahnen schreiben. Denn wo sie sich auch auf den Weg machen, sie stolpern über entfremdete Arbeit und krankmachende Arbeitszeiten.

Gesundheitsschutz ist Kernaufgabe der Mitbestimmung. Darum haben die Gesetzgeber die Zuständigkeit der gesetzlichen Interessenvertretungen, der Betriebs- und Personalräte, hier deutlich beschnitten und beschränkt. Wer gegen Überlastung und gegen den Raubbau an der Einsatzfähigkeit der Kolleginnen aktiv werden will, verheddert sich alsbald in einem Dickicht von Paragraphen.

Initiativen und Gestaltungsversuche in diesem Bereich hält die Betriebsverfassung im «Rahmen der gesetzlichen Vorschriften oder der Unfallverhütungsvorschriften» (§87 Abs.1 Nr.7 BetrVG). Die zahlreichen Regeln im Arbeitsschutzgesetz oder die oft eigentümlich unpräzisen Anweisungen in den Vorschriften verkehren ihre vermutlich gute Absicht ins glitschig-glatte Gegenteil. Maßnahmen zum Gesundheitsschutz können auf diesem Weg nur dann erzwungen werden, wenn der Arbeitgeber ihre Notwendigkeit im Zuge einer detaillierten Erfassung der möglichen Gefahren an den Arbeitsplätzen

erfasst und beurteilt hat. Hat er das nicht oder sind seine Bemühungen da zumindest nicht aktuell? Dann kommen alle Maßnahmen zum Gesundheitsschutz zu früh, willkürlich, nicht erzwingbar. Das ist schlimm, rechtswidrig und es wäre jeweils auch ein Ordnungsgeld von 1500 Euro fällig (LASI LV 60). Doch es gibt in Deutschland über 300000 Unternehmen mit zehn oder mehr Beschäftigten. Von den Gefährdungsbeurteilungen, die durch die Arbeitsaufsicht der Länder kontrollierten wurden, waren fast 60 Prozent nicht oder nicht angemessen durchgeführt. Von den geschätzt 180000 Unternehmen, die beim Gesundheitsschutz schlampfen, geben die Behörden jährlich gerade mal 2600 eine «Anordnung» zur Besserung. Auf etwa eine Milliarde Euro an Bußgeldern verzichtet der Staat. Und auf den tatsächlichen Gesundheitsschutz. Das klingt wahnsinnig und es hat Methode.

### **Wir schlagen eine Schneise**

Jetzt wird die betriebliche Interessenvertretung aktiv und dreht den Spieß um. Sie spielt einmal selbst genau die Melodie des Arbeitgebers auf, um die Verhältnisse in Bewegung und zum Tanzen zu bringen. Sie schreibt:

«Sehr geehrte Damen und Herren, überrascht haben wir im Betrieb Spender mit Mitteln zur Händedesinfektion entdeckt. Und wir sind über Ihre Anweisungen an unsere Kolleginnen und Kollegen gestolpert, diese zu ihrem Schutz zu benutzen. Maßnahmen zum Gesundheitsschutz unterliegen zwingend unserer Mitbestimmung. Ihnen geht – darauf haben Sie uns wiederholt hingewiesen – eine mitbestimmte Erfassung und

Bewertung der Gefährdungen an den Arbeitsplätzen voraus. Die fehlt, was wir schon lange bedauern. Sie sind in der Durchführung von Maßnahmen des Gesundheitsschutzes noch unerfahren. Wohl in bester Absicht haben Sie unsere Rechte verletzt. Bitte übersenden Sie uns eine Liste aller so vorweggenommenen Aufstellplätze. Wir glauben, die sofortige Demontage der Desinfektionsspender wäre zwar notwendig, aber nicht der beste Weg, auch mit Blick auf die öffentliche Wirkung. Wir können uns gut vorstellen, mit Ihnen alternativ und dann zeitnah in einer freiwilligen Betriebsvereinbarung Sofortmaßnahmen zum Gesundheitsschutz, zur Entlastung und zur Einweisung in diese Maßnahmen festzulegen.»

«Wo wir gerade beim Gesundheitsschutz sind...»: Nach dieser Gesprächseröffnung landet eine Liste der vorgeschlagenen Maßnahmen auf dem Tisch. Die ist etwas umfangreicher:

- Überlastungsschutz: Festlegung von Mindest-Schichtstärken;
- Entfristungen, Zustimmung zu gestellten Aufstockungsanträgen;
- Anrechnung der Pausen auf die Arbeitszeit;
- Aufhebung aller Anweisungen, AU-Atteste früher als am vierten Tag zu bringen;
- Systematisierung von Wunschbüchern bei der Schichtplanung;
- Einrichtung von Arbeitszeitkonten (in Beschäftigtenhand entsprechend §10 TVöD/TV-L) zur Buchung von Überarbeit).



Tobias Michel unterstützt mit seiner Schichtplan-Fibel im Internet Beschäftigte aus Kliniken und Heimen dabei, ihre Betriebsräte zu aktivieren und sich gemeinsam gegen Übergriffe zu wehren, <https://t1p.de/pandemie>.

**Trotz alledem:**

**HERAUS\* ZUM 1. MAI!**



**1. MAI 2020**

**SOLIDARISCH**

**IST MAN NICHT ALLEINE!**

\*IM RAHMEN DES INFektionSSCHUTZES

<https://heraus-zum-ersten-mai-2020.de>



## E-Mail

iso@intersoz.org

## Telefon

+49 (0) 221 / 923 11 98  
+49 (0) 162 / 392 97 85

## Adresse

ISO – Internationale Sozialistische Organisation  
Bundesbüro  
Regentenstr. 57 – 59  
51063 Köln

## Facebook

[facebook.com/intersoz.org](https://facebook.com/intersoz.org)

## Twitter

[twitter.com/InterSozOrg](https://twitter.com/InterSozOrg)